FokusInfo 86

November 2015
www.ams-forschungsnetzwerk.at

Stefanie Ledermaier

Soziale Eingliederung junger Menschen – Eine aktuelle Bestandsaufnahme von Eurofound in zehn europäischen Ländern

Mit Beginn der Wirtschaftskrise in 2008 wurde es für junge Erwachsene zunehmend schwierig, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, was sich nicht nur in deren Arbeits- sondern auch in deren Lebensumständen widerspiegelt. Junge Menschen sind mittlerweile die am stärksten von sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerungsgruppe in Europa, eine Situation zu der die hohe Jugendarbeitslosigkeit maßgeblich beiträgt. Jugendarbeitslosigkeit kann sowohl für die Betroffenen als auch auf gesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Ebene gravierende (u.a. finanzielle) Folgen nach sich ziehen. Zwar hat sich die Lage in letzter Zeit verbessert, jedoch besteht in den meisten Mitgliedstaaten aufgrund anhaltender Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor Anlass zur Sorge. Vor diesem Hintergrund thematisiert eine neue Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) die soziale Ausgrenzung junger Menschen in Europa.

Der thematische Fokus der neuen Eurofound-Studie

Die Studie* analysiert zunächst die aktuelle Situation, hier insbesondere im Hinblick auf die Folgen von Mehrfachbenachteiligungen, die mit der Abkopplung von Arbeitsmarkt und Bildung in Verbindung stehen. In einem nächsten Schritt werden aktuelle EU-Strategien beleuchtet, die darauf abzielen, die soziale Inklusion junger Menschen zu fördern, wobei hier die Umsetzung der so genannten »Jugendgarantie« in zehn EU-Mitgliedstaaten im Mittelpunkt der Analyse steht. Abschließend befasst sich die Studie mit verschiedenen Konzepten zur Unterstützung der sozialen Eingliederung, insbesondere Strategien, welche auf die gesellschaftliche Einbeziehung junger Menschen abzielen. Untersucht wurden im Rahmen dieser Studie folgende Länder: Belgien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Polen, Spanien.

* Projektleitung: Massimiliano Mascherini und Anna Ludwinek von Eurofound.

Politischer Kontext

Mit der Europa-2020-Strategie haben sich EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu senken. Da seit Beginn der Krise der Anteil der von sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen deutlich angestiegen ist, rückt dieses Ziel immer weiter in die Ferne. Um gegen die sich verschlechternde Situation anzugehen, wurde die EU-Jugendstrategie 2010–2018 ins Leben gerufen, die darauf abzielt, Bildung- und Arbeitsmarkoptionen für junge Menschen zu schaffen und sie zudem darin unterstützt, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Förderung der Jugendbeschäftigung als einem zentralen Instrument zur sozialen Eingliederung. In diesem Zusammenhang haben die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten erhebliche Anstrengungen zur Umsetzung der Jugendgarantie unternommen, die den politischen Rahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bildet. Parallel dazu verstehen immer mehr politischen EntscheidungsträgerInnen die Notwendigkeit von weiterreichenden, also über den Arbeitsmarkt hinausgehenden, Förderinitiativen.

Zentrale Erkenntnisse der vorliegenden Studie

a) **Ausgrenzung schadet jungen Menschen:** Zwar können junge Menschen relativ gut kurze Phasen von Arbeitslosigkeit überwinden, länger andauernde Arbeitslosigkeit oder eine Abkopplung vom Arbeitsmarkt wirken sich jedoch negative auf zukünftige Arbeitsmarktchancen und Wohlbefinden im Allgemeinen aus. Je länger eine Abkopplung vom Arbeitsmarkt vorliegt, desto schwerwiegender sind die Folgen, wie einschlägige Studien belegen. Langzeitarbeitslosigkeit führt bei jungen Menschen insbesondere zu finanziellen Belastungen und zu einem geringeren psychosozialen Wohlbefinden mit potenziell langwierigen Folgen.

b) **Soziale Eingliederung durch Beschäftigung:** Angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit bemühen sich EU-Staaten mithilfe konkreter Initiativen um die Wiedereingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt sowie um deren Eingliederung in das Bildungsangebot. Auch die Jugendgarantie zielt

Fortsetzung →

Weiterführende Links & Downloads

☞ Eurofound-Studie: Soziale Eingliederung junger Menschen (engl.)
☞ Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)
☞ AMS info 310: Ziele und nationale Vorgaben der Europa-2020-Strategie für ein »intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum« ☞ Online-Archiv der Reihe FokusInfo

Weitere interessante Volltext-Publikationen zum Thema finden Sie unter Verwendung selbstgewählter Stichworte in der E-Library des AMS-Forschungsnetzwerkes: Bibliographische Suche – Volltextsuche

www.ams-forschungsnetzwerk.at
… ist die Internet Adresse des AMS Österreich für die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Qualifikationsforschung

Medieninhaber und Herausgeber: AMS Österreich, Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, A-1200 Wien, Treustraße 35–43
Die in den FokusInfos geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.

darauf ab, dass alle Unter-25-Jährigen innerhalb von vier Monaten nach Verlust eines Arbeitsplatzes oder nach Abschluss einer Ausbildung ein konkretes und qualitativ hochwertiges weiterführendes Angebot erhalten. Die vorliegende Studie zeigt anhand der zehn untersuchten EU-Länder, dass die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Initiative ihre eigenen Strategien verfolgen. In zahlreichen Fällen zeigt sich jedoch, dass umfassendere Reformen zur Verbesserung der Kapazitäten und Kompetenzen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen und zur Verbesserung des Angebotes von allgemeinen und berufsbildenden Ausbildungsmöglichkeiten sowie wirksamere Partnerschaften unter den Akteuren notwendig sind. Im Hinblick auf konkrete Maßnahmen konzentrieren sich viele Länder auf eine Erleichterung des Überganges von der Schule ins Berufsleben sowie die Einführung von dualen Ausbildungssystemen. Es sind jedoch größere Anstrengungen erforderlich, um die am stärksten gefährdeten Altersgruppen zu erreichen.

c) **Ein umfassenderer Ansatz für die soziale Eingliederung junger Menschen:** Neben arbeitsmarktspezifischen Interventionen sind des Weiteren Initiativen für die soziale Inklusion junger Menschen erforderlich. Aus den Fallstudien-Beispielen im Rahmen dieser Studie geht jedoch hervor, dass derzeitig keine höheren öffentlichen Investitionen in diesem Bereich vorliegen. Generell umfassen die untersuchten Maßnahmen zur sozialen Eingliederung folgende Aspekte: gemeinschaftsbasierte Projekte mit einem Schwerpunkt auf BürgerInnenbeteiligung und Entwicklung der Gemeinschaft; individuelle Programme zur beruflichen Bildung und zum Erwerb von Lebenskompetenzen; Sensibilisierungs- und Unterstützungsmaßnahmen (mit dem Ziel, strukturelle Hindernisse für die Integration junger Menschen abzubauen) sowie Fortbildungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau für Fachkräfte, die mit sozial ausgegrenzten jungen Menschen arbeiten. Sämtliche Initiativen, die vorwiegend von gemeinnützigen Organisationen in die Wege geleitet werden, zeichnen sich durch Unterstützung im Zuge von Betreuung und Beratung, Freiwilligenarbeit und BürgerInnenengagement sowie Maßnahmen im Bildungs- und Wohnungswesen aus. Generell beruhen die verwendeten Instrumente auf zwischenmenschlichen Beziehungen (Informationen, Beratung, Kapazitätsaufbau) und werden durch die Bereitstellung von Ressourcen (finanzielle Unterstützung, Einrichtungen) unterstützt.

Empfehlungen an die Politik

a) Auf EU-Ebene ist eine stärkere Ausrichtung auf soziale Eingliederung erforderlich, um junge Menschen dabei zu unterstützen, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden, und um ihnen einen einfacheren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das Konzept sozialer Investitionen bildet hierfür einen vielversprechenden Ausgangspunkt, da es auf dem Grundsatz beruht, dass Investitionen in frühen Lebensphasen sich auf gesellschaftliche Ergebnisse in späteren Lebensphasen positiv auswirken.

b) Was die Umsetzung der Jugendgarantie betrifft, so sollten die Mitgliedstaaten davon absehen, ein begrenztes, d.h. rein beschäftigungsfokussiertes, Konzept zu wählen, sondern sich für einen umfassenderen und ganzheitlichen Ansatz entscheiden, der darauf ausgerichtet ist, auch diejenigen zu erreichen, die nicht beschäftigungsfähig und schwerer zu integrieren sind.

c) Für die Umsetzung der Jugendgarantie sind umfassende Reformen erforderlich, darunter auch Reformen zur Stärkung der Kapazitäten und Kompetenzen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen und der Aufnahmekapazitäten der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme.

d) Für eine erfolgreiche Umsetzung der Jugendgarantie müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass nationale, regionale und lokale Akteure effektiv kooperieren. Eine Zusammenarbeit aller Akteure erfordert Zeit und weitere Anstrengungen, so insbesondere was die Einbindung von Sozialpartnern und Jugendorganisationen anbelangt.

e) Junge Menschen, auch diejenigen, die derzeit vom Arbeitsmarkt abgekoppelt sind, bilden keine homogene Gruppe und benötigen daher maßgeschneiderte Maßnahmen. Die in einigen nordischen Ländern seit einigen Jahren bestehenden Jugendgarantien haben gezeigt, dass sich eine individualisierte Herangehensweise auszahlt.

f) Der Nachhaltigkeit der getroffenen Maßnahmen kommt eine zentrale Bedeutung für die erfolgreiche Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt zu. Im Rahmen der Jugendgarantie müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die für junge Menschen geschaffenen Möglichkeiten qualitativ hochwertig sind und letztlich zu einer nachhaltigen Beschäftigung führen.

g) Zwar stehen für die Umsetzung der Jugendgarantie im Rahmen des Europäischen Sozialfonds und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen erhebliche EU-Mittel zur Verfügung, doch auch die Mitgliedstaaten müssen der Jugendbeschäftigung Priorität einräumen und nationale Mittel bereitstellen. Umfassendere Maßnahmen zur sozialen Eingliederung junger Menschen sind zudem häufiger von finanziellen Engpässen betroffen, so insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung und die Priorisierung von beschäftigungsbezogenen Initiativen.

h) Bewährte Verfahren zur Förderung einer umfassenderen sozialen Eingliederung von jungen Menschen liegen vor, jedoch sollten sie im Hinblick auf öffentliche Investitionen starker unterstützt werden. Solche Initiativen werden häufig von privaten gemeinnützigen Akteuren geleitet und umfassen unterschiedliche Partnerschaften. Aufgrund fehlender finanzieller Stabilität und mangelnder Unterstützung der öffentlichen Hand hat sich eine Ausweitung der Aktivitäten jedoch als Herausforderung erwiesen. Zudem sollte ein größeres Gewicht auf die Motivation und das aktive Engagement der Begünstigten sowie auf die Netzwerke von Involvierten (junge Menschen, SozialarbeiterInnen, LeistungsträgerInnen) gelegt werden und könnte damit breiter angelegte sozialpolitische Maßnahmen inspirieren.

i) Finanzielle Engpässe sind nicht das einzige Hindernis für Initiativen, die ein aktives Engagement fördern. Auch der Widerstand von Erwachsenen und involvierten Einrichtungen kann eine Herausforderung darstellen. Auch das Bewusstsein von politischen EntscheidungsträgerInnen und SozialarbeiterInnen für die Beteiligung junger Menschen muss weiter erhöht werden. ❖

Zur Autorin:

Stefanie Ledermaier arbeitet seit 2014 für Eurofound, wo sie sich insbesondere mit dem Forschungsschwerpunkt »Jugendarbeitslosigkeit« beschäftigt. Vor dem Wechsel zu Eurofound arbeitete sie in einem Recherche-Institut in London und hat umfassende Praxiserfahrungen beim Rat der Europäischen Union sowie bei der OECD gesammelt.